

Neujahrsempfang des Treffpunkt Monheim

Rede von Bürgermeister Daniel Zimmermann vom 09.01.2014

Sehr geehrter Herr Lukas,
liebe Treffpunkt-Mitglieder,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

für die freundliche Einladung zu Ihrem Neujahrsempfang bedanke ich mich sehr herzlich. Die Gelegenheit, einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr und einen Ausblick auf das neue zu werfen, will ich gerne nutzen. Dabei will ich jedoch versuchen, mich etwas kürzer zu fassen als im letzten Jahr, auch wenn ich glaube, dass es eine Reihe von Themen gibt, für die Sie sich interessieren und auf die es einzugehen lohnt.

Umbau Krischerstraße

Das vergangene Jahr war geprägt von vielen Baustellen. Damit wird es auch im nächsten Jahr weitergehen, denn die Stadt hat eine Menge aufzuholen. Die bestimmende Baustelle für Sie aus Händlersicht ist mit Sicherheit der Umbau der Krischerstraße. Gerne hätte ich Ihnen heute schon einen fertigen Kreisverkehr präsentiert, doch wie Sie wissen gab es Probleme durch eine Vergabebeschwerde. Ein unterlegener Bieter hatte das Verfahren beim Kreis Mettmann angefochten, so dass dort eine Vergabeprüfung durchgeführt werden musste. Letztendlich konnten wir die Bauarbeiten dann doch an das ursprünglich beauftragte Unternehmen vergeben, doch die vier Wochen Zeit, die das Beschwerdeverfahren gekostet hatte, waren verloren. Der eigentliche Bauablauf ist ebenfalls langsamer vorangeschritten als geplant. In Summe hängen wir derzeit etwa sieben bis acht Wochen hinterher. Sie können sich dennoch sicher sein, dass die Stadtverwaltung alles dafür tun wird, um die weitere Sperrung der Krischerstraße so kurz wie möglich zu halten. Bedenken Sie auch, dass die Baustelle kein Selbstzweck ist. Wir bauen an der Stadt der Zukunft und dafür, dass das Erscheinungsbild der Krischerstraße schöner wird. Die Bauarbeiten gehen vorbei, doch das, was wir bauen, wird für längere Zeit bleiben.

Investitionstätigkeit in Höhe von rund 24,8 Mio. €

Es bleibt nicht bei der Krischerstraße. Viele weitere Investitionen stehen in diesem Jahr an. Insgesamt summiert sich das Investitionsvolumen der Stadt für 2015 auf 24,8 Mio. €. Davon entfallen allein 4,8 Mio. € auf die Schulen. Wir modernisieren für 1,1 Mio. € die Schulhöfe. Die Peter-Ustinov-Gesamtschule erhält für 600.000 € eine Außensportanlage, die sie bisher nicht hatte. Und es werden An- und Neubauten für die Winrich-von-Kniprode-Schule, die Grundschule am Lerchenweg und die Hermann-Gmeiner-Schule geben. Weitere 2,2 Mio. € fließen in den Neubau der Kunst- und Musikschule am Berliner Ring. Das Gebäude ist etwa zur Hälfte fertig gestellt. Im August sollen die Bauarbeiten beendet sein.

Wir werden in Summe 5,1 Mio. € in den Straßen- und Kanalbau investieren. Davon entfallen allein 2,5 Mio. € auf die Hauptstraße in Baumberg. Für den Ortsteil Baumberg und den Einzelhandel entlang der Hauptstraße wird dieses Projekt genauso wichtig sein wie der Umbau der Krischerstraße für die Stadtmitte. An der Kreuzung Baumberger Chaussee/Knipprather Straße wird für rund 400.000 € ein neuer Kreisverkehr entstehen, um die dort derzeit noch vorhandene Ampelanlage zu ersetzen.

Rund 3 Mio. € sind veranschlagt für den Start der Bauarbeiten für die neue Feuer und Rettungswache an der Paul-Linke-Straße. Die Stadt hat im Laufe des letzten Jahres den Garagenhof, der sich in der lang gestreckten Kurve der Oranienburger Straße befindet, aufgekauft. Diese Garagen werden abgerissen und eine Etage tiefer gelegt. Auf der neugebauten Tiefgarage wird dann ein Neubau für die Feuerwehr entstehen. Sobald dieser Bauabschnitt fertig gestellt ist, wird die Feuerwehr dort einziehen und wir werden den bestehenden Altbau von Grund auf sanieren. Das Gesamtprojekt wird etwa fünfzehn Jahre dauern. Am Ende werden wir an dieser Stelle und 19 Mio. € ausgegeben haben.

Weitere 1,4 Mio. € - und damit komme ich auch zum Ende meiner Aufzählung - fließen in die Sanierung der städtischen Übergangswohnheime. Wir werden an der Niederstraße den ersten Bauabschnitt für eine neue Unterkunft für Flüchtlinge und Obdachlose realisieren. Während andersorts biedere Bürger auf die Straße gehen und ihre Fremdenfeindlichkeit demonstrieren, nehmen wir in Monheim am Rhein unsere Verantwortung wahr und werden dafür sorgen, dass Menschen, die aus welchen Gründen auch immer gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, sich bei uns willkommen fühlen. Wir wollen bessere Unterbringungen ermöglichen, als es bisher der Fall ist. Zurzeit leben rund 260 Menschen in den städtischen Übergangsunterkünften an der Niederstraße, der Rhenania- und der Danziger Straße sowie in einer Reihe von seitens der Stadt angemieteten Wohnungen – eine Zahl, die uns, auch wenn sie noch größer werden sollte, gewiss nicht überfordert. Wir wollen aber nicht nur besseren Wohnraum für obdachlose und asylsuchende Menschen schaffen. Gleichzeitig startet ein mit 130.000 € an städtischen Geldern ausgestattetes Kooperationsprojekt. Der Sozialdienst Katholischer Frauen und Männer (SKFM) und der Verein Beratungszentrum werden mit neu eingestellten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern die Betreuung der in den Übergangsunterkünften lebenden Menschen maßgeblich verbessern.

Glasfaserausbau

In den Vorreden ist mit dem geplante Glasfaserausbau ein weiteres bedeutendes Investitionsprojekt genannt worden, das wir in der nächsten Zeit realisieren werden. Die Stadt hat dieses Projekt vorbereitet, indem sie im vergangenen Jahr die Monheimer Elektrizitäts- und Gasversorgung wieder komplett städtisch gemacht hat. Wir haben im Mai 2014 die bei den Stadtwerken Düsseldorf befindlichen Anteile der MEGA zurückgekauft. Statt wie bisher zu 50,1 % gehört die MEGA damit wieder zu 100 % der Stadt Monheim am Rhein. Man könnte sagen, dass wir städtisches Tafelsilber zurückgekauft haben. In der kommenden Zeit werden wir es noch mächtig aufpolieren. Der Glasfaserausbau wird die Geschäftsbereiche der MEGA um das Angebot von schnellem Internet, Telefon und Fernsehen ergänzen. Wir wollen bis 2020 jedes Gebäude, egal ob privat oder gewerblich genutzt, mit einer eigenen Glasfaserleitung ausstatten. Das ist ein äußerst ambitioniertes Projekt, das kaum eine andere Stadt mit dieser Schnelligkeit und mit dieser Konsequenz umsetzt. Wir lassen es uns 20,8 Mio.€ kosten.

Kurz vor Weihnachten sind alle Grundstückseigentümer in den beiden ersten Ausbaubereichen angeschrieben worden. Das ist in Monheim der Bereich südlich des Berliner Rings, also Blee und Zaunswinkel. In Baumberg ist es das Gebiet rund um den Holzweg. In etwa acht Wochen werden die Bauarbeiten starten. Wir rechnen damit, dass etwa 70 % aller Grundstückseigentümer ihr Einverständnis erteilen werden, damit die MEGA die Leitungen über privaten Grund und Boden bis in den jeweiligen Keller ziehen kann. Bin von all diesen Eigentümern, die uns eine Zustimmungserklärung geben, hinterher nur 30 % den Anschluss nutzen und über die MEGA schnelles Internet, Telefon und Fernsehen bestellen, dann wird das Gesamtprojekt sich wirtschaftlich rechnen.

Gewerbesteuerpolitik

Dass all diese Investitionen möglich sind, dass die Stadt zum 1. Januar 2014 die Kitagebühren abschaffen konnte und viele weitere Maßnahmen auch im sozialen Bereich umsetzen kann, das verdanken wir der erfolgreichen Steuerpolitik der letzten Jahre. Allein im letzten Jahr haben wir einen Haushaltsüberschuss in Höhe von 34,7 Mio. € erwirtschaftet. Die Gewerbesteuereinnahmen pendeln sich bei 215 Mio. € ein, obwohl der Hebesatz noch einmal gesunken ist. Wenn wir die Innensicht - ich meine die Perspektive der Monheimer Bürgerinnen und Bürger - verlassen und die Perspektive der Menschen einnehmen, die nicht von all diesen Maßnahmen und Investitionen profitieren, weil sie eben nicht in Monheim am Rhein wohnen, dann wissen Sie, dass unser Vorgehen durchaus kritisiert wird. Keine andere Stadt in Nordrhein-Westfalen leistet es sich, die Kinderbetreuung für alle Kinder im Alter von null bis zehn Jahren sowohl in den Kitas als auch im offenen Ganztags der Grundschulen komplett kostenlos zu machen. Wir gehen sogar noch einen Schritt darüber hinaus. Die Stadt beteiligt sich aus sozialen Gründen mit 25 Euro pro Kind und Monat an den Essenskosten. Das finden Sie sonst nirgends.

Wir können sehr froh darüber sein, dass die Monheimer Steuereinnahmen sich so gut entwickelt haben. Der Januar ist für uns alle, wie wir hier versammelt sind, ja ein besonders erfreulicher Monat geworden. Im Januar verschickt nämlich die Stadt ihre Gewerbesteuerbescheide. Falls Sie diese Tatsache noch nicht direkt fröhlich stimmt, empfehle ich Ihnen einfach mal, sobald Sie den Briefumschlag mit Ihrem Bescheid öffnen, gedanklich 60 Prozent aufzuschlagen. Das entspräche dann dem Durchschnittshebesatz aller Kommunen in NRW. Wenn Sie sich in die Lage eines Oberhausener Unternehmers versetzen wollen, dann dürfen Sie sogar 80 Prozent aufschlagen. Dort gibt es einen Hebesatz von 520 Punkten. Spitzenreiter in NRW ist die Eifelstadt Monschau. Dort werden stolze 545 Punkte fällig, rund 90 Prozent mehr als in Monheim am Rhein. Ich denke also doch, dass es durchaus Grund zur Freude gibt, wenn Sie einen Gewerbesteuerbescheid der Stadt Monheim am Rhein in den Händen halten können.

Dass unser Steuersatz überhaupt solch ein Aufsehen erregt, liegt vor allem daran, dass das Hebesatzniveau der übrigen Kommunen in Nordrhein-Westfalen so überproportional hoch ist. Von 396 Städten und Gemeinden in NRW erheben überhaupt nur elf Kommunen Hebesätze von weniger als 400 Punkten. Monheim am Rhein ist die einzige Stadt in NRW, die weniger als 300 Punkte verlangt. Dafür gibt es dann zwölf Kommunen, die 500 Punkte oder mehr verlangen. Im bundesdeutschen Vergleich belegt NRW damit einen traurigen Spitzenplatz unter den Flächenländern. Das durchschnittliche Hebesatzniveau liegt rund 80 bis 100 Punkte über dem in Bayern, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein oder Brandenburg.

Klage gegen den Kommunal-Soli

Schuld daran sind die hohen Anführungspflichten. Ich möchte die Argumente gegen den von der Landesregierung eingeführten Kommunal-Soli nicht gänzlich wiederholen, aber es sollte schon noch einmal in Erinnerung gerufen werden, dass die Stadt auch ohne den Kommunal-Soli 80 % ihrer Gewerbesteuereinnahmen in Umlagen abführen muss. Da kann es nicht gerecht und auch nicht solidarisch sein, wenn wir jetzt 90 % abgeben müssen. Deshalb wehren wir uns gegen die zusätzliche Zahlungspflicht.

Bei ihrer Klage gegen die so genannte Solidaritätsumlage sind die Kommunen gut aufgestellt. Etwas mehr als 70 Städte und Gemeinden beteiligen sich an der Klage. Unterstützt wird das Verfahren durch ein Gutachten des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Prof. Kirchhof. Herr Kirchhof hat dezidiert nachgewiesen, dass die Solidaritätsumlage gegen die Verfassung verstößt. Der Grund dafür ist einfach. Eine Umlage, so Herr Kirchhof, bedeutet, das zum Beispiel bei einer Party alle Teilnehmer zusammenschmeißen. Es wird nicht genauer nachgehalten, wer wie viel gegessen und getrunken hat. Alle zahlen in eine gemeinsame Kasse, aus der Getränke und Essen finanziert werden. Das ist eine Umlage. Was in Nordrhein-Westfalen läuft, geht jedoch anders. Hier funktioniert das System so: Einige zahlen und andere essen und trinken. Das, so bescheinigt es Herr Kirchhof, ist keine Umlage mehr, sondern eine Abgabe. Die Solidaritätsumlage heißt zwar Umlage, in ihrer Funktion ist sie aber eine Abgabe.

An dieser Stelle kommt das Grundgesetz ins Spiel. Es bestimmt erstens, dass den Kommunen die Einnahmen aus der Grund- und der Gewerbesteuer zustehen. Es bestimmt zweitens, dass die Länder hierauf Umlagen erheben dürfen, wohlgemerkt Umlagen, keine Abgaben. Damit verstößt die Solidaritätsumlagen, oder besser gesagt Solidaritätsabgabe gegen das Grundgesetz. Diese Argumentation ist sehr leicht nachvollziehbar und ich hoffe, dass sich die Verfassungsrichter in Münster ihr sowie den weiteren Argumenten der Rechtsanwälte anschließen werden.

Der Grund für die hohen Abführungspflichten in NRW, die jetzt durch den neuen Kommunal-Soli noch weiter verschärft werden, liegt vor allem in den hohen so genannten fiktiven Hebesätzen. Der fiktive Hebesatz liegt für die Gewerbesteuer in NRW bei 415 Punkte. Er gibt an, auf welcher Basis die Städte und Gemeinden in den kommunalen Finanzausgleich einzahlen müssen. Konkret bedeutet das: Das Land tut so, als würden wir statt der in Monheim am Rhein geltenden 285 Punkte eben jene 415 Punkte Gewerbesteuer erheben. Aus den tatsächlichen 215 Mio. € Gewerbesteuereinnahme werden auf diese Weise fiktiv 310 Mio. €. Auf Basis dieser fiktiven Ein-

nahme muss Monheim am Rhein dann in sämtliche Umlagen einzahlen, obwohl in der Kasse tatsächlich nur 215 Mio. € vorhanden sind.

Die fiktiven Hebesätze für die Grund- und die Gewerbesteuer sind in NRW höher als in anderen Bundesländern. Deshalb müssen Kommunen in NRW mehr von ihren Steuereinnahmen abgeben als Kommunen in anderen Bundesländern. Die Abführungspflicht in NRW geht sogar so weit, dass eine Durchschnittskommune in NRW einen Hebesatz in Höhe von 259 Punkten theoretisch gar nicht unterschreiten kann. Ab diesem Punkt wird nämlich die rechnerische Abführungspflicht größer als 100 %. Eine solche Kommune müsste mehr Geld abgeben, als sie überhaupt einnimmt. Bundesweit wird dieser für NRW geltende Grenzwert jedoch von insgesamt 85 Kommunen unterschritten. Sie sehen, wie problematisch die Wettbewerbslage für Kommunen in NRW sich darstellt. Wir werden mit unserer Klage gegen den Kommunal-Soli dafür arbeiten, dass diese Ungerechtigkeit beseitigt wird.

Personalien in der Wirtschaftsförderung

Seitens der Stadtverwaltung möchte ich die Gelegenheit nutzen und an dieser Stelle auf zwei personelle Veränderungen hinweisen, die die Wirtschaftsförderung betreffen. Frau Dageroth, die Sie aus ihrer bisherigen Funktion als Citymanagerin kennen, hat die Nachfolge von Herrn Brügge angetreten. Herr Brügge hat uns leider verlassen, weil er ein sehr interessantes Jobangebot von der Montag-Stiftung in Bonn erhalten hat. Damit konnten wir leider nicht konkurrieren. Frau Dageroth hat sich in einem Auswahlverfahren gegen eine ganze Reihe von externen Kandidatinnen und Kandidaten durchgesetzt und wird die Abteilungsleitung der Wirtschaftsförderung in Zukunft mit Sicherheit ebenso engagiert wie Herr Brügge ausführen. Im Themenfeld Citymanagement können wir in der Stadtverwaltung ein neues Gesicht begrüßen. Frau Port wird nicht nur das nächste Stadtfest begleiten, sondern auch eine ganze Reihe anderer Aufgaben aus dem Citymarketing wahrnehmen. Werden außerdem versuchen, die insgesamt drei freien Stellen in der Wirtschaftsförderung schnellstmöglich zu besetzen. Eine Stelle ist dadurch vakant geworden, dass Frau Dageroth die Abteilungsleitung übernommen hat. Zwei weitere Stellen hat der Stadtrat uns in seiner Dezember-Sitzung für die Aufgabengebiete Tourismus und Citymarketing zugebilligt. Wir wollen Sie mit diesen zusätzlichen personellen Ressourcen in Zukunft noch besser bei Ihrer unternehmerischen Tätigkeit in Monheim am Rhein unterstützen.

Dank Treffpunkt

Nichtsdestotrotz zeigt die Erfahrung, dass die Stadtverwaltung nicht alle Aufgaben selbst erledigen kann. Gerade im Bereich des Citymarketings kommt es in entscheidende Art und Weise auf die Händlerinnen und Händler an. Ich bin deshalb all denjenigen dankbar, die sich im Treffpunkt, einer Werbegemeinschaft oder auf eine andere Art und Weise für den Standort engagieren. Ihr Einsatz, liebe Treffpunkt-Mitglieder, trägt maßgeblich dazu bei, dass wir sehr erfolgreiche verkaufsoffene Sonntage hatten und dass es mehr und mehr gelingt, Monheim am Rhein als attraktiven Einzelhandelsstandort zu positionieren. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bei Ihnen bedanken.

Wir haben uns für das neue Jahr eine Menge vorgenommen. Ich freue mich auf all diese Projekte und auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen. Ich wünsche Ihnen sowohl im Namen von Rat und Verwaltung der Stadt als auch persönlich von Herzen Gesundheit und Erfolg im neuen Jahr. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass 2015 genauso oder vielleicht sogar noch ein bisschen erfolgreicher wird als das vergangene Jahr.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.